



Fördern und fordern

Urheberrechtsreform, Neustrukturierung der Förderlandschaft und neue Partnerschaften mit Streaming-Plattformen beschäftigen Österreichs Kreative.

••• Von Sascha Harold

Für den WKO-Fachverband der Film- und Musikwirtschaft werden derzeit gerade auf europäischer Ebene einige relevanten Materien verhandelt. Seit einigen Jahren ist der Verband nun bereits mit der Schaffung einer europäischen Urheberrechtsreform beschäftigt. Dabei zielt man vor allem auf

globale Konzerne wie Google ab, gegen die europäische Lizenzbestimmungen durchgesetzt werden sollten. Ende Februar endeten die Verhandlungen des Trilogs, kommende Woche wird das Europäische Parlament voraussichtlich über den Entwurf abstimmen. Vor allem Artikel 13, mit dem Sharing-Plattformen für Urheberrechtsverletzungen zur Verantwortung gezogen werden sollen, sorgte für hitzige

Debatten. „Wir haben sehr stark für diesen Artikel 13 gekämpft, die jetzige Lösung ist aber derart kompromissverwässert, dass sie der ursprünglichen Intention kaum mehr Rechnung trägt“, führt der Geschäftsführer des Fachverbands der Film- und Musikwirtschaft, Werner Müller, aus.

Die Essenz der Regulierungsversuche fasst er wie folgt zusammen: „Es geht im Grunde

darum, wie mit globalen Playern, die kaum Mitarbeiter in Europa beschäftigen und kaum Steuern und Lizenzabgaben zahlen, umgegangen wird.“ Eine Lizenzierungspflicht würde die Verantwortung über Inhalte den Konzernen zuschieben. Seit Längerem wird darüber debattiert, ob Plattformen wie YouTube und Facebook für die von Usern hochgeladenen Inhalte haften müssen oder nicht. Auch die Urheberver-